



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eine Denkschrift aus dem Jahre 1850 über den Aufenthalt des Prinzen in
Koblenz

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nachbarn nicht nachstehn. Bei dieser Übung waren die Wagen in zwei Kolonnen geteilt, eine leichte und eine schwere. Die „leichte Kolonne“ setzte sich aus 4 Benzinwagen mit je 3 Anhängerwagen, aus 3 Benzinwagen mit je 2, aus einem Benzinwagen mit einem und aus 2 Dampfwagen mit je einem Anhängerwagen zusammen. An ihrer Spitze stand der neue Daimlerzug. Der Motorwagen, der erste, der in Untertürkheim für die Verkehrsstruppen gebaut worden ist, hat sowohl Vorder- als Hinterradantrieb. Ferner war dieser Kolonne noch ein Büßingomnibus beigegeben, der hauptsächlich zur Beförderung des Bureau-personals dienen sollte. Die „schwere Kolonne“ bestand aus einem N. A. G.-Wagen mit 2, einem Siemens-Schuckertwagen mit 5, 3 Straßenlokomotiven mit je 2 Anhängerwagen und einer solchen mit einem Anhänger. Die vorgeesehenen Tagesleistungen betragen für die leichte Kolonne 100, 80 oder 60 Kilometer, je nachdem hügliges oder bergiges Gelände zu überwinden war; die schwere Kolonne hatte entsprechend 60, 45 oder 30 Kilometer zu fahren. Die Resultate sollen die Erwartungen übertreffen haben.

Aber die deutsche Heeresverwaltung will bei diesen Ergebnissen durchaus nicht stehn bleiben, sondern weitere Erfahrungen sammeln und die Erprobungen mit immer wieder verbessertem Material fortsetzen. Daneben geht das Bestreben, für den Mobilmachungsfall genügend Fahrzeuge aus Privatbesitz zur Verfügung zu haben. So will das Kriegsministerium jetzt durch Gewährung von Prämien zum Ankauf sowie zur Unterhaltung des Wagens beitragen, wenn sich die Besitzer verpflichten, die Fahrzeuge dauernd in einem kriegsbrauchbaren Zustande zu erhalten, der Heeresverwaltung ein gewisses Beaufsichtigungsrecht einzuräumen und die Wagen im Bedarfsfalle zur Verfügung zu stellen. Auf Grund praktischer Erfahrungen würde es sich um Wagen von etwa 24 bis 45 Pferdestärken handeln, da diese es gestatten, auf guten Wegen Anhängerwagen mitzunehmen. Als Betriebsmittel ist Benzol vorgeschlagen, das bekanntlich ein deutsches Produkt ist.



Eine Denkschrift aus dem Jahre 1850

über den Aufenthalt des Prinzen von Preußen in Koblenz



ir sind in der Lage, im nachstehenden eine bedeutsame historische Denkschrift aus dem Jahre 1850 zu publizieren, die die Inopportunität des Aufenthalts des Prinzen von Preußen, nachmaligen Kaiser Wilhelm des Ersten in Koblenz und den schädigenden Einfluß des dort herrschenden Systems nachzuweisen versucht. Wie bekannt, stand der Prinz der Politik seines Bruders, des Königs Friedrich Wilhelms des Vierten, nicht durchweg sympathisch gegenüber. Sie schien ihm nicht konsequent und kraftvoll genug und den nationalen Aspirationen Preußens

nicht Rechnung tragend. Die Differenz war zeitweise unüberbrückbar, und es fehlte nicht viel, daß es zu einem dramatischen Abschlusse kam. Eine Katastrophe herbeizuführen, lag aber dem weichen Charakter des Königs Friedrich Wilhelms des Vierten fern, und so kam es, daß schließlich immer ein *Modus vivendi* gefunden wurde.

Unter der Verschiedenheit der politischen Anschauung der beiden königlichen Brüder hatten in erster Linie die Staatsminister Friedrich Wilhelms des Vierten zu leiden, in den Fragen der auswärtigen Politik also der Freiherr von Mantuffel, dem der Prinz von Preußen scharfe Vorhalte machte, die der Minister mehrfach in aller Ehrerbietung als sachlich unbegründet zurückweisen konnte. Das war auch nicht schwer, da der Prinz, vielfach fern von der politischen Zentrale lebend, in die geheimen Gänge der auswärtigen Politik nicht eingeweiht war.

Kein Wunder, daß das Auftreten des Prinzen den verantwortlichen Rathgebern des Königs, sagen wir also der strengen Regierungspartei ein Dorn im Auge war, und daß sie alle Hebel in Bewegung setzte, um den Einfluß des Prinzen von Preußen ungefährlich zu machen. In diesem Lager ist der Verfasser der nachstehenden Denkschrift zu suchen, die allerdings nicht ohne Animosität geschrieben ist. Man fühlt heraus, daß der Verfasser mitunter über das Ziel hinausschießt und den Kampf mit Windmühlen führt. Die Aufzeichnung bleibt nichtsdestoweniger eine beachtenswerte Staatschrift, die in einer neuen Biographie des Kaisers Wilhelms des Ersten nicht ungewürdigt bleiben kann. Der Name des Verfassers ist nicht bekannt. Vielleicht ist es der preussische Gesandte in St. Petersburg, Herr von Kochow, der, nachdem Preußen den Bundestag in Frankfurt am Main wieder beschickte, als preussischer Bundestagsgesandter ernannt wurde mit der Aufgabe, seinen Legationsrat, Herrn von Bismarck-Schönhausen, für seinen neuen politischen Beruf vorzubereiten. Die Denkschrift lautet:

Der Einfluß, welchen die Anwesenheit eines Prinzen des königlichen Hauses in einer von der Haupt- und Residenzstadt entfernt gelegenen Provinz ausübt, legt durch seine Bedeutbarkeit der Regierung die Verpflichtung auf, solchen Einfluß sich entweder wenn förderlich ihren Interessen ganz zu assimilieren, oder wenn hinderlich an der Stelle zu beseitigen.

Es ist der Wunsch, daß durch die nachfolgende Darstellung die Notwendigkeit erhellen möge, den Aufenthalt Seiner königlichen Hoheit des Prinzen von Preußen und Seiner Gemahlin in Koblenz möglichst bald abzukürzen.

Die unumwundene Aussprache dieser Ansicht wird jedoch mit der ausdrücklichen Verwahrung bevorwortet, daß der erhabene und reine Charakter des Prinzen den Konsequenzen fremd ist, welche von seiner Umgebung unter dem Schilde des prinzlichen Namens verfolgt werden, indem sie denselben zu einem Sammel- und Brennpunkte der Opposition mißbrauchen.

Der Zugang zu sicheren Ausgangspunkten für die Darlegung ist zwar sehr beschränkt, allein die mehrfachen Mitteilungen zuverlässiger, dem königlichen Hause ergebener Männer sowie eine eben erfolgte mündliche Rücksprache mit einem älteren

in der Nähe von Koblenz lebenden und der dortigen Verhältnisse kundigen Offizier haben doch möglich gemacht, Data vorlegen zu können, welche wegen ihrer verschiedentlich bestätigten Wahrheit eine ernste Beachtung und baldige Folge-
 rung verdienen dürften.

Obwohl das preußische Gouvernement in den Rheinlanden für jedes Element der öffentlichen Wohlfahrt mehr getan hat, als je eine weltliche oder geistliche Herrschaft, der diese Gebiete im Laufe der für sie so wechselvollen Zeiten untergeben waren, obwohl den höheren und gebildeteren Klassen durch die Teilnahme an den Ämtern und Stellen eines großen Staats eine ihnen früher unbekannte Aussicht auf Ehre und Auszeichnung eröffnet ist, so haben doch die Rhein-
 gegenden sich nie ganz und freiwillig als einen integrierenden Teil der preußischen Monarchie betrachtet. Die Verkennung solcher Wohltaten hat ihren Grund in dem Übermuth, welchen eine unvergleichliche Lage und außerordentliche Prosperität des Bodens einem leicht beweglichen und überwiegend materiell gesinnten Volke eingeflößt hat, solche Undankbarkeit beruht auf der übertriebenen Meinung, welche man am Rheine von der Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit dieser Provinz für den Hauptstaat hegt. Die dortige Bevölkerung ist mancher trefflichen Eigenschaften ungeachtet im hohen Grade verwöhnt, eitel und selbstsüchtig, sie glaubt den alten Provinzen schon dadurch eine große Ehre zu erweisen, daß sie mit ihnen in demselben politischen Verbande steht.

Dieser Hochmut wuchs, als nach den Märzstürmen in die Gesetzgebung ein rheinisch-belgisch-französischer Liberalismus eindrang und die historischen Eigentümlichkeiten der älteren Provinzen sowie das alte deutsche Element einer auf rheinischer Anschauung nivellierenden Verwaltung und Organisationsmacherei einstweilen weichen mußten. Die Rheinländer konnten sogar den Wahn hegen, ihre provinziellen Maxime seien für immer zur Geltung gebracht, als die Ministerstellen mit Rheinländern besetzt waren, denen die auf dem Heldenruhm seiner Fürsten ruhende und stolze Geschichte Preußens eben so fremd war wie der bewährte, dem Königlichen Hause treu ergebene Sinn der Bewohner in den älteren Provinzen.

Als daher seit dem November 1848 die zerrütteten Verhältnisse des Vaterlandes durch ein Ministerium hergestellt und neu geordnet wurden, in dem der rheinische Typus weder nach Personen noch nach Grundsätzen vorherrschte, fühlte sich die rheinische Eitelkeit durch die Beseitigung ihrer vermeintlichen Vorzüge schwer verletzt. Nur die äußere Politik hatte noch Sympathien in der Rheinprovinz, solange sie die Prinzipien der Frankfurter Nationalversammlung acceptierte. Zu solcher mehr sachlichen Neigung für jene Politik war auch persönlicher Egoismus hinzugetreten, da die Mehrzahl der beredten oder vielmehr redelustigen Verteidiger, dem Rheinlande und Westfalen angehörig, durch die totale Durchführung dieser sogenannten deutschen und doch so wenig deutschen Eigentümlichkeiten berücksichtigenden Politik Hoffnungen auf Ehren und hohe Stellen von ihren Dienstleistungen her erheben durften.

Die Novembertage des vorigen Jahres haben derartige Aussichten und Erwartungen von einer augenblicklichen Erfüllung verdrängt, allein das Vertrauen auf einen neuen und baldigen Umschwung ist noch wach, und die Unterhaltung dieses Gedankens macht eben den prinzlichen Aufenthalt in Koblenz für eine Befestigung des jetzigen Regierungssystems so bedenklich.

Der Regierungspolitik gegenüber ist in Koblenz ein Centralpunkt für ein in Opposition mit der Regierung stehendes System gebildet. Denn selbst bei der Gewißheit, daß Seine Königliche Hoheit der Prinz zu loyal ist, um eine Opposition gegen seinen königlichen Herrn und Bruder zu fördern oder auch nur zu dulden, falls er sich deren Tragweite und Gefährlichkeit klar bewußt würde, so läßt sich doch nicht verkennen, daß Er eben durch seine Persönlichkeit und Stellung vielfach eine regierungsfeindliche Richtung verstärkt hat, welche von der Prinzessin mit vollem Bewußtsein und in der Absicht eingeschlagen ist, für ihren Gemahl und sich ein höheres Ansehen und eine größere politische Bedeutung, als jetzt eingenommen wird, zu erlangen. Die öfteren, wie man sagt von anderen untergelegten Reden des Prinzen über Preußens Ehre und Patriotismus haben zu dem bereits laut ausgesprochenen Schlusse geführt, daß nur der Prinz den richtigen Begriff von Preußens Ehre und deren Wahrung habe. Der Prinz wird als der wahre Höhepunkt des preussischen Glücks, als der Liebling des Heeres, als die Bewunderung der Nation hingestellt. In rheinischen Lokalblättern und soweit thunlich an geeigneter Stelle mündlich wird die Nachricht oft wiederholt, Seine Majestät der König hege die Absicht, die Regierung niederzulegen. Mit dieser Unwahrheit ist bereits zweierlei erreicht: die Sympathien für den regierenden Allerhöchsten Herrn zu schwächen, für den präsumtiven Nachfolger dagegen zu steigern. Um dem Gerüchte einen leichteren und zusagenderen Eingang zu verschaffen, wird hervorgehoben, daß Seine Majestät der König, durch äußere Umstände zu der gegenwärtigen Politik genötigt, deren Unhaltbarkeit einsehe, verstimmt und verdrießlich über die Nichterfüllung seiner eigensten Wünsche und Gedanken, aber durch eingegangene Verbindlichkeiten mit den östlichen Mächten selbst außerstande, das frühere System wieder aufzunehmen, solches von dem Thronfolger hoffe. Es ist ferner versucht und geglückt, in die Offiziercorps eine Spaltung zu bringen durch den formulierten Unterschied zwischen den Offizieren, welche dem rechtmäßigen Kriegsherrn anhängen, und denen, welche einer liberalen Richtung zugetan sind, die man durch den Namen des Prinzen zu heben sucht. Die wegen des hergestellten Friedens fehlgeschlagenen Aussichten auf Avancement hatten unverkennbar eine große Mißstimmung in der Armee hervorgerufen, welche von neuem hervorgetreten ist, als auch im März und am 31. Mai dieses Jahres die vielfach unterstützten Hoffnungen unerfüllt blieben.

Durch solche Umstände ist die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und die Hoffnung auf eine angebliche Besserung durch den Prinzen genährt, von dem man ein der allgemeinen Stimmung mehr nachgiebiges System mit günstigeren

Konsequenzen erwartet. Die Verstimmung führt leider öfter zu taktlosen Äußerungen, welche einen Fremden zu dem Schlusse berechtigen, daß der einheitliche Geist der Armee nicht mehr überall in der früheren Stärke vorhanden sei.

Die vielfach verbreiteten Einzelheiten über und aus dem Leben der Prinzessin von Preußen mögen hier unerwähnt bleiben; nur die eine Tatsache muß als Kriterium der Koblenzer Agitation hervorgehoben werden, daß in allen politischen Gesprächen und Unterredungen von der Prinzessin geltend gemacht wird, wie durch die konstitutionelle Staatsverfassung dem Talente, dem Ehrgeize und der Bildung ein ungleich größeres und hoffnungsreicheres Feld der Tätigkeit eröffnet werde, als durch jede andere Staatsform. Aus der vorherrschenden Hinneigung der Rheinländer zu einer konsequenten Durchführung des französisch-belgischen Liberalismus und aus der Unzufriedenheit so vieler Beamten aus dem Zivil- und Militärstande, denen die aus einem solchen Munde erweckten Hoffnungen für eine bessere Lebenssituation die unbedingteste Ergebenheit motiviert, läßt sich leicht ermessen, warum der Anhang bereits so bedeutend und so tätig für eine weitere Ausbreitung geworden ist.

Die Rheinländer rühmen das große Talent der Prinzessin, sich populär zu machen, die treu gebliebenen Patrioten tadeln dagegen die Geschicklichkeit, jedes unzufriedene und verstimmte Gemüt sowie jede zwischen Pflicht und augenblicklichem Gewinn schwankende Persönlichkeit zu sich herüberzuziehen. So hat eine Anzahl der für einen bestimmten Zweck und ein vorgestecktes Ziel betörten Menschen die Schar derer am Rhein vermehrt, welchen der Widerspruchsgestirne und die Oppositionstätigkeit gegen die königliche Regierung fast angeboren, wenigstens von früher Jugend angelernt ist — eine Koalition, deren Ursprung und Tendenz notwendigerweise nachteilig auf die Stellung der damit in Verbindung gebrachten höchsten Herrschaften rückwirkt.

Daß die im Munde der rheinischen Bevölkerung umlaufenden Äußerungen der Prinzessin von Preußen wirklich alle in der Ausdehnung und Schärfe gemacht sind, wie sie mit sichtlichlicher Freude wiederholt werden, bezweifeln wir gerne; allein der Umstand, daß sie als wahr angesehen werden, beweist die Gefahr, für das Gouvernement in Koblenz länger einen Zentralpunkt zu dulden, welcher der Opposition eine Unterstützung leiht.

Zu den Anhängern und tätigen Arbeitern für jenes System gehören in Koblenz der Oberpräsident von Auerwald, Obrist von Griesheim, Obrist Fischer, General a. D. von Bardeleben, Oberpräsidialrat Braunemann, Hofdame Gräfin Oriolla, der Generalarzt und Intendant des achten Armeekorps, sowie die Adjutanten des Prinzen — in Köln der Regierungspräsident von Möller — in Trier General von Bonin, welcher jedoch neuerdings zu konservativeren und regierungsfreundlicheren Ansichten sich bequemen soll.

Oberpräsident von Auerwald, an und für sich regierungsfeindlich durch seine politische Richtung und seine Antezedentien, wird außerdem als unfähig zu seiner hohen Stellung bezeichnet; er ist zu bequem, um den Beruf in seiner

ganzen Wichtigkeit zu erfüllen, und zu sehr Lebemann, um seine Pflicht als Diener des Königs in dem Zurückziehen aus einer dem Königlichen Ansehen entgegenwirkenden Geselligkeit zu erkennen, die ihm freilich Annehmlichkeiten und Anerkennung darbietet. Obrist von Griesheim ist durch Klugheit und Geschicklichkeit jedenfalls das bedeutendste Mitglied der Partei.

Allein auch außerhalb des rheinpreussischen Gebiets hat die Koblenzer Agitation einen der Regierung schädlichen Einfluß geübt, so namentlich in den für preussische Interessen so wichtigen Städten Mainz und Frankfurt. In Mainz, wo General von Schack mit der größten Klugheit, unnachsichtigen Strenge und feinem Takt alle die vielen aus den dortigen Verhältnissen entstehenden Auswüchse beseitigt, und in Frankfurt, wo unverkennbar das Vertrauen zu Preußen seit Beschiebung des Bundestages wieder gehoben ist, wird durch die unaufhörlichen Koblenzer Agitationen eine Durchführung der jetzigen Politik sehr erschwert. Soll sie fest und energisch in einem Sinne und nach einem leitenden Prinzipie zur Geltung gebracht werden, so darf in Koblenz nicht länger ein Lager geduldet werden, welches, gestützt auf eine konservativen Grundsätzen abgeneigte Bevölkerung und auf Ansammlung von Unzufriedenen jeder Gattung, dem Berliner Zentralkpunkte, ja Preußens wahren Wohle beharrlich und leider nicht ohne Erfolg entgegenarbeitet.



Internationale Wirtschaftspolitik



udolf Kobatsch empfiehlt in seinem Buche: Internationale Wirtschaftspolitik (Wien, Manz'sche Hof- und Universitätsbuchhandlung, 1907), den mit diesem Titel bezeichneten Teil der Staatswissenschaften als eine besondere Disziplin zu behandeln, und sein Buch ist auch schon ein Lehr- und Handbuch dieser Disziplin. Die Handelspolitik pflegt zwar schon längst als ein gesonderter Teil der Nationalökonomie dargestellt zu werden, aber sie deckt sich nicht mit dem, was Kobatsch meint. Denn sie umfaßt auch den Binnenhandel, und andererseits beschränkt sich der wirtschaftliche Zusammenhang der Völker und Staaten untereinander nicht auf den Güteraustausch; es kommen der Menschen- und der Kapitalienverkehr hinzu, und der zweite übertrifft heute schon dem Geldwerte nach den Warenaustausch, der im Jahre 1905 rund 100 Milliarden (Druckfehler: Millionen!) Mark betrug, um das Doppelte. Wie der Verfasser nach einem Bericht in der *Statistique internationale des valeurs mobilières* mitteilt, belief sich die Gesamtsumme dieser Werte im genannten Jahre auf 570 Milliarden Franken; davon befanden sich 345 Milliarden im Besitz der eignen Staatsangehörigen der Emissionsländer, während 225 Milliarden im Auslande untergebracht waren. Die neue Disziplin wird definiert als „die